



Volksgemeinschaft contra Marktradikalismus

Unterschiedliche wirtschaftspolitische Ansätze in der extremen Rechten

Es macht wenig Sinn, alle Schattierungen im Spektrum der extremen Rechten in einen Topf zu werfen. Ihre Ausrichtung ist unterschiedlich und die Gegenwehr muss entsprechend differenziert sein. Die Kameradschaften, die offen als Neonationalsozialisten auftreten, sowie die NPD agieren aggressiv auf der Straße und vertreten ein Volksgemeinschaftskonzept. Andere sind in Verbänden, Gremien und in oder im Umfeld politischer Parteien zu finden. Diese treten gemäßiger auf und auch mit anderen wirtschaftspolitischen Vorstellungen.

Kameradschaften und NPD hatten sich teilweise mit Erfolg in die Montagsdemos gedrängt oder eigene durchgeführt. Wenn sie auch der bundesdeutschen Bevölkerung insgesamt nicht als seriöser Faktor erscheinen, so können sie doch in Ostdeutschland mit ihrer Mischung aus Nationalismus und antikapitalistischen Forderungen Erfolge verbuchen. Auf einen Teil der BürgerInnen wirken ihre Volksgemeinschaftspropaganda und ihr aggressives Auftreten keineswegs abschreckend, wie das Wahlergebnis der

Landtagswahl 2004 in Sachsen demonstriert. Mit den Inhalten dieses Flügels der extremen Rechten hat sich das vorherige Ka-



pitel beschäftigt. Seine Politik ist traditionell faschistisch und er versucht, mit anderen extrem rassistischen und nationalistischen Kräften wie der DVU, eine »rechte Volksfront« zu schmieden.

Die zweite Strömung der extremen Rechten grenzt sich öffentlich von der traditionell-faschistischen ab. Sie findet sich in der Bundesführung der Republikaner, wobei jedoch gerade ein Teil der Parteimitglieder und Landesfunktionäre zur NPD

abwandert; des Weiteren bei der Zeitung 'Junge Freiheit' und früher, als er noch bestand, beim Bund freier Bürger sowie im Umfeld des nationalliberalen Flügels der FDP. Aus diesem Spektrum stammen auch die Unterwanderer des Deutschen Journalistenverbandes (DJV). Es ist auch innerhalb des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes (DHV) zu finden. Ihre politische Perspektive sieht diese Strömung im Bündnis mit konservativen Kräften.

In ihrem Wirtschaftsverständnis knüpft sie, allerdings in verschärfter Form, an die gerade gängige Politik des Neoliberalismus an. Der liberale, freiheitliche Gedanke des Neoliberalismus bezieht sich jedoch nur auf die Wirtschaft, das Staatsverständnis ist eher autoritär: Die »freien Kräfte des Marktes« sollen sich endlich frei entfalten können. Dies zielt letztlich auf die Aufkündigung der Sozialpartnerschaft, das Ende des Sozialstaats und die völlige Entmachtung der Gewerkschaften. Das passt trefflich in die Vorstellungswelt dieser extremen Rechten.

Den marktradikalen Wirtschaftsliberalismus mischen Vertreter der extremen Rechten mit autoritären Staatsformen und einem populistischen Rassismus. Dies birgt

gute Erfolgsaussichten, da der Neoliberalismus für die sozial verunsicherte Bevölkerung eine ideologische Klammer braucht – da bieten sich Rassismus und Nationalismus als klassische Rezepte an. Zumindest zeitweise erfolgreiche Vorbilder sind die österreichische FPÖ des Jörg Haider und der französische Front National des Jean-Marie Le Pen.

Neoliberalismus und dieser Rechtsextremismus sind nicht dasselbe. Es gibt jedoch eine erhebliche gemeinsame Schnittmenge: Das Eintreten für eine Gesellschaft, die frei von Verteilungsgerechtigkeit und demokratischen Einflüssen auf Wirtschaftsprozesse ist. Der Markt soll alles bestimmen, Werte wie Vollbeschäftigung und Chancengleichheit werden attackiert. Wettbewerb, Leistungsauslese und Konkurrenz sollen die Triebkräfte jeglichen Fortschritts sein.

Die Neonationalsozialisten vertreten durchaus einen ähnlichen Sozialdarwinismus (der Stärkere soll sich durchsetzen). Doch bezieht sich der bei den Neonazis auf die »Volksgemeinschaft«, auf die Gruppe der »reinen Deutschen«. Die soll in den Genuss sozialstaatlicher Maßnahmen kommen – auf Kosten der »Nichtdeutschen«.

